

Bericht an den Finanzausschuss des Parlaments gem. NBG § 32 (5)¹

29. November 2017

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur
Mag. Andreas Ittner, Vize-Gouverneur
Oesterreichische Nationalbank

Executive Summary

Der geldpolitische Kurs des Eurosystems wird rekali­briert

- Seit der letzten Berichterstattung an den Finanzausschuss des Parlaments im März dieses Jahres hat sich das Bild der wirtschaftlichen Situation im Euroraum weiter verbessert. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 verzeichnete das reale BIP im Euroraum robuste Zuwachsraten von durchschnittlich 0,6%; die BIP-Wachstumsraten lagen damit über den Erwartungen und deutlich über den Schätzungen zum Potenzialwachstum. Die negative Outputlücke wird sich voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 2019 schließen.
- Dementsprechend hat sich auch der Inflationsausblick verbessert. Für das Gesamtjahr 2017 prognostiziert die EZB eine HVPI-Inflation von 1,5% im Euroraum, womit die Inflation deutlich über den Tiefstwerten liegen wird, die wir im Jahr 2015 bzw. zu Beginn des Jahres 2016 verzeichnet hatten. Obwohl ein negativer Basiseffekt seitens der Energiepreise die HVPI-Inflationsraten in naher Zukunft dämpfen wird, wird die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2018 voraussichtlich bei 1,2% und im darauffolgenden Jahr 2019 bei 1,5% liegen. Der prognostizierte Pfad deutet zwar auf eine Verbesserung in der Inflationsentwicklung hin, entspricht aber (noch) nicht dem Preisstabilitätsziel des Eurosystems von unter, aber nahe 2%.
- Vor dem Hintergrund eines zunehmend robusten und breit angelegten Konjunkturaufschwungs sowie des wachsenden Vertrauens in die allmähliche Annäherung der Inflationsraten an das Inflationsziel wurde bei der jüngsten geldpolitischen Sitzung des EZB-Rates am 26. Oktober 2017 das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) rekali­briert:
- Im Rahmen des APP werden derzeit monatlich Wertpapiere im Ausmaß vom 60 Mrd EUR bis Ende Dezember 2017 vom Eurosystem angekauft. Ab Jänner 2018 wird der Nettoerwerb von Vermögenswerten mit einem monatlichen Umfang von 30 Mrd EUR fortgeführt. Diese Ankäufe werden bis Ende September 2018 erfolgen oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht.
- Sollte sich der Ausblick eintrüben oder sollten die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einem weiteren Fortschritt hin zu einer nachhaltigen Korrektur der Inflationsentwicklung im Einklang stehen, kündigte der EZB-Rat am 26. Oktober 2017 zudem an, das APP im Hinblick auf Umfang und/oder Dauer gegebenenfalls auszuweiten.
- Zusätzlich zu den neuen Ankäufen von Wertpapieren reinvestiert das Eurosystem die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere bei Fälligkeit, um den Bestand an Wertpapieren in der Bilanz (ohne Neuerwerbe) konstant zu halten. Dies wird das

¹ Da der zuständige Finanzausschuss im Parlament derzeit weder gewählt noch konstituiert ist, erfolgt der halbjährliche Bericht gemäß §32 NBG (5) in schriftlicher Form.

Eurosystem auch nach Abschluss des Nettoerwerbs von Vermögenswerten für längere Zeit und in jedem Fall so lange wie erforderlich fortführen.

- Die geldpolitischen Leitzinsen wurden zuletzt im März 2016 gesenkt und wurden seither konstant gehalten. Auch am 26. Oktober 2017 beließ der EZB-Rat den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40%.
- Außerdem beschloß der EZB-Rat, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit dreimonatiger Laufzeit so lange wie erforderlich, mindestens jedoch bis zum Ende der letzten Mindestreserve-Erfüllungsperiode des Jahres 2019, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Das heißt, der Nachfrage der Banken, die Zentralbankliquidität auf diese Weise beziehen möchten, wird seitens des Eurosystems vollständig nachgekommen, sofern die Banken ausreichend Sicherheiten hinterlegen können.

Weltwirtschaft: Wachstum steigt in fast allen Regionen

- Die bereits zu Jahresanfang prognostizierte Erholung der globalen Wirtschaft wird sich aktuellen Prognosen zufolge weiter verfestigen. Der IWF (IMF World Economic Outlook, Oktober 2017) sieht ein globales Wachstum von 3,6% für 2017 und 3,7% für 2018 und revidiert damit seine Prognose gegenüber Juli für beide Jahre um jeweils 0,1 Ppt. nach oben. Aktuelle Schätzungen der Europäischen Kommission (EK; Herbstprognose November 2017) gehen von einem Weltwirtschaftswachstum von 3,5% für 2017 und 3,7% für 2018 aus. Damit erhöht auch die EK ihre Prognosen vom Frühjahr um je 0,1 Ppt. Nach einem globalen Wachstum von 3,2% in 2016 erwarten die Prognoseinstitute damit unisono einen deutlichen Anstieg.
- Grund für die Aufwärtsrevision des Weltwirtschaftswachstums war nicht zuletzt die besser als angenommene Entwicklung in den Industriestaaten im Jahr 2017, insbesondere im Euroraum. Der IWF revidiert die Prognosen für die Industriestaaten für 2017 um 0,2 Ppt. auf 2,2% nach oben. Dieses Wachstum stellt einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Jahr 2016 dar, in dem das Wachstum der Industriestaaten 1,7% betrug. Für 2018 erwartet der IWF ein Wachstum von 2,0% in den Industriestaaten. Aufwärtsrevisionen im Euroraum werden allerdings durch Abwärtsrevisionen in den USA sowohl in 2017 als auch in 2018 teilweise überdeckt. Die EK schätzt in ihrer Herbstprognose das Wachstum in den Industriestaaten mit 2,4% in 2017 und 2,2% in 2018 etwas höher ein als der IWF.
- Die Wachstumsprognosen für Entwicklungs- und Schwellenländer werden vom IWF ebenso leicht nach oben korrigiert und betragen 4,6% für 2017 und 4,8% für 2018. Hervorzuheben sind Aufwärtsrevisionen für China, welche aufgrund des starken ersten Halbjahrs 2017 und einer erwarteten Weiterführung der staatlichen Investitionen durchgeführt wurden.
- Nachdem über mehrere Perioden hinweg die Abwärtsrisiken überwogen, können die kurzfristigen Prognoserisiken aktuell als ausgeglichen bezeichnet werden. Einerseits könnte die positive Stimmung die Nachfrage stärker und dauerhafter anregen als aktuell erwartet – insbesondere im Euroraum und in Ostasien, andererseits bleiben nach wie vor die politischen Risiken auf einem hohem Niveau (Brexit, US Politik, Protektionismus, geopolitische Risiken).

Euroraum: Aufschwung setzt sich fort; Arbeitslosenquote sinkt im September

- Der aktuellen Schnellschätzung von Eurostat zufolge ist das reale BIP im Euroraum im dritten Quartal 2017 um 0,6% gewachsen und konnte damit an die Wachstumsrate des zweiten Quartals anschließen, welche 0,7% betrug. Der Zuwachs gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres betrug 2,5%. Aktuelle Stimmungsindikatoren verbleiben auf hohem Niveau und

weisen auf ein starkes viertes Quartal hin. Der *Economic Sentiment Indicator* (ESI)² setzt den starken Aufwärtstrend fort, der im Herbst 2016 begann. Im Oktober 2017 lag der Indikator bei 114,0 und stieg damit gegenüber September um 0,9 Punkte an. Damit erreicht er den höchsten Stand seit 2001. Der *Purchasing Managers' Composite Index* (PMI)³ für Oktober liegt bei 56,0 nach 56,7 im September und befindet sich damit trotz des leichten Rückgangs nach wie vor auf hohem Niveau. Verantwortlich für den Rückgang war der Dienstleistungsbereich, während der Teilindex für das verarbeitende Gewerbe weiter anstieg.

- Die Prognose des EZB-Staff vom September 2017 erwartet für das Gesamtjahr 2017 im Euroraum ein reales BIP-Wachstum von 2,2% und damit das höchste Wachstum seit Ausbruch der Krise. Für die Folgejahre werden Wachstumsraten von 1,8% (2018) und 1,7% (2019) erwartet. Die Herbstprognose der EK von November 2017 sieht die Wachstumsrate für den Euroraum 2017 ebenfalls bei 2,2%, für die Folgejahre werden 2,1% (2018) und 1,9% (2019) prognostiziert. Die IWF-Prognose von Oktober 2017 schätzt das Wachstum des Euroraums etwas niedriger ein, mit 2,1% für 2017 und 1,9% für 2018.
- Die Wachstumszahlen auf Länderebene sind nach wie vor heterogen. Deutschland konnte im dritten Quartal ein Wachstum von 0,8% erzielen und damit um 0,2 Ppt. gegenüber dem Vorquartal zulegen. Auch Italiens Wirtschaftsleistung verbesserte sich gegenüber dem zweiten Quartal und beläuft sich auf 0,5%. Frankreichs Wachstum verlangsamte sich leicht auf 0,5% nach 0,6% im zweiten Quartal und auch Spanien konnte mit 0,8% nicht ganz an die starke Performance des zweiten Quartals anschließen.
- Die positiven Konjunkturdaten spiegeln sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider. Im September lag die Arbeitslosenquote im Euroraum bei 8,9% und damit zum ersten Mal seit Anfang 2009 wieder unter 9%. Das Vorkrisenniveau von unter 8% liegt allerdings noch deutlich unter den aktuellen Werten. Für das Jahr 2018 erwarten die Prognoseinstitute unisono einen weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosenquote auf 8,5-8,7%.
- Im Ländervergleich ist auch die Situation am Arbeitsmarkt durchaus heterogen: Im Spitzenfeld des Euroraums liegen laut EK-Herbstprognose von November 2017 Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 3,7% für 2017, gefolgt von Malta (4,2%) und den Niederlanden (4,8%), Österreich liegt mit 5,6% an vierter Stelle. Demgegenüber werden beispielsweise für Griechenland mit 21,8% in 2017, für Spanien (17,4%), für Italien (11,3%) oder Zypern (11,0%) vergleichsweise hohe Arbeitslosenquoten prognostiziert.

Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) erreicht höchsten Wert seit 2008

- Das Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas beschleunigte sich im zweiten Quartal 2017 auf über 4% im regionalen Durchschnitt und dürfte laut erster vorliegender Daten auch im dritten Quartal ähnlich hoch ausgefallen sein. Das Wachstumsdifferential zum Euroraum betrug etwa 2 Prozentpunkte.
- Das Wachstum wurde vor allem von einer robusten Entwicklung des privaten Konsums getragen, der von steigenden Reallöhnen und einer deutlichen Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten profitiert. Die Arbeitslosigkeit sank weiter und erreichte teils historische Tiefststände, womit teilweise auch ein zunehmender Arbeitskräftemangel einherging. Gleichzeitig gewann aber auch die Investitionstätigkeit an Dynamik, wodurch die Konjunktur auf einem zunehmend bereiteren Fundament ruhte.

² Der *Economic Sentiment Indicator* (ESI) stellt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage dar, und setzt sich aus dem Vertrauen in die Industrie, die Dienstleistungen, die Verbraucher, das Baugewerbe und den Einzelhandel zusammen.

³ Die *Purchasing Managers' Indexes* (PMI) sind eine Serie von Indikatoren über die wirtschaftliche Lage, welche auf monatlichen Befragungen privatwirtschaftlicher Unternehmen beruhen. Werte über 50 deuten Verbesserungen an.

- Prognosen gehen von einem Anhalten der aktuellen wirtschaftlichen Dynamik aus und erwarten für 2017 ein durchschnittliches Wachstum von etwas über 4%. Damit wird die Region so schnell wachsen wie seit 2008 nicht mehr. Mittelfristig wird sich das Wachstum bei etwa 2,8% einpendeln und damit um rund 1,3 Prozentpunkte über dem Euroraum-Durchschnitt liegen.

Österreich: Starkes Wirtschaftswachstum im Jahr 2017

- Die österreichische Wirtschaft ist in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 um durchschnittlich 0,8% im Quartalsabstand gewachsen und befindet sich damit mitten in einer Hochkonjunkturphase.
- Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose für das vierte Quartal 2017 und das erste Quartal 2018 ein Wachstum des realen BIP von 0,8% bzw. 0,6% (jeweils zum Vorquartal). Für das Gesamtjahr 2017 ergibt sich damit ein Wachstum von 2,9%. Damit liegt die OeNB im oberen Bereich der aktuellen Prognosen für Österreich (WIFO vom Sept. 2017: +2,8%, IHS vom Sept. 2017: +2,6%).
- Die Industriekonjunktur hat im Verlauf des Jahres 2017 vor dem Hintergrund einer dynamischen Exportentwicklung deutlich an Fahrt gewonnen. Sowohl Produktion wie auch Beschäftigung wachsen derzeit sehr stark. Die Einschätzung der Auftragseingänge hat sich nach ihren Rekordwerten im Sommer zwar etwas abgeschwächt. Das nach wie vor überdurchschnittliche Niveau und die positiven Produktionserwartungen der Unternehmen deuten jedoch auf eine Fortsetzung der guten Industriekonjunktur hin.
- Die Bauwirtschaft ist gut in das Jahr 2017 gestartet, hat jedoch im Jahresverlauf etwas an Dynamik verloren. Der Hochbau hat eine stabile Auftragslage aufzuweisen, im Tiefbau ist nach einer starken ersten Jahreshälfte eine Normalisierung zu beobachten.
- Die Investitionstätigkeit ist derzeit eine wesentliche Konjunkturstütze. Der aktuelle Investitionszyklus setzte zu Beginn des Jahres 2015 ein und hat punkto Dauer und Stärke die Zyklen der vergangenen zwei Jahrzehnte bereits deutlich übertroffen. Nach dem Höhepunkt zu Beginn des Jahres 2017 hat sich die Investitionsdynamik etwas verlangsamt, ist aber noch immer als sehr lebhaft zu bezeichnen.
- Die zu Beginn des Jahres 2016 in Kraft getretene Steuerreform hat zu Zuwächsen sowohl beim Konsum als auch bei der Ersparnisbildung geführt. Im Jahr 2017 sinkt die Sparquote wieder und ermöglicht in Verbindung mit einem sehr starken Beschäftigungswachstum eine weitere Ausweitung des privaten Konsums. Lediglich die in Österreich vergleichsweise hohe Inflation verhindert ein noch kräftigeres Konsumwachstum.
- Die aktuelle Hochkonjunktur spiegelt sich auch in den Arbeitsmarktdaten wider. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten stieg in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 um 65.000 an, die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen ging um 4% zurück. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition, die im Jahr 2016 noch bei 9,1% lag, fiel bis zum September 2017 saisonbereinigt auf 8,4%. Die starke Arbeitskräftenachfrage zeigt sich auch in einem kräftigen Anstieg der gemeldeten offenen Stellen sowie in einer zunehmenden Anzahl von Berufen mit Arbeitskräftemangel. Immer mehr Unternehmen sehen die Nichtverfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften als produktions-einschränkenden Faktor.
- Die Inflation lt. HVPI hat sich im Verlauf des Jahres deutlich beschleunigt und lag im September (revidierter Wert) bei 2,5%. Im Oktober schwächte sich die Inflation auf 2,3% ab. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag im Oktober 2017 bei 2,4 % nach 2,6% im September. Der zuletzt erfolgte Rückgang der Teuerungsrate

ging auf alle Sondergruppen des HVPI (Industriegüter ohne Energie, Dienstleistungen, Energie) mit Ausnahme von Nahrungsmitteln zurück.

- Die Preise von Wohnimmobilien in Österreich sind im dritten Quartal 2017 um 4,5% im Jahresabstand gestiegen. Im Vergleich zum Gesamtjahr 2016 (+7,3%) bedeutet dies eine Beruhigung des Preisauftriebs.

EU: Brexit

- Am 29. März 2017 hat die britische Premierministerin Theresa May offiziell den EU-Austritt lt. Art. 50 EUV mittels Brief an den Präsidenten des ER, Donald Tusk, beantragt.
- In einem außerordentlichen ER haben sich die EU-27 am 29. April 2017 auf Leitlinien für die Austrittsverhandlungen geeinigt. Da die Verhandlungen in der ersten Phase (Austritt) nach der nunmehr sechsten Verhandlungsrunde nur mäßigen Erfolg verzeichnen, ist der Beginn der zweiten Phase (künftige Beziehungen) noch nicht eingeleitet worden.

EU: Griechenland

- Am 15. Juni 2017 konnte man sich bzgl. „Second Review“ des makroökonomischen Anpassungsprogramms für Griechenland einigen. Es erfolgte die Freigabe der dritten Tranche des Programms im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 8,5 Mrd. EUR, nach Abschluss der nationalen Verfahren der Mitgliedsstaaten zur Genehmigung der Auszahlung. Der IWF soll sich über eine 14-monatige Bereitschaftskreditvereinbarung (Stand-By Arrangement) beteiligen.

EU: Vertiefung Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

- Am 31. Mai 2017 veröffentlichte die EK ein **Reflexionspapier zur Vertiefung der WWU**. Es sind Maßnahmen in den folgenden drei zentralen Bereichen erforderlich: 1. Die Vollendung einer echten Finanzunion (Vollendung der Bankenunion, Maßnahmen zur Risikominderung), 2. Eine stärkere integrierte Wirtschafts- und Fiskalunion (bereits bestehende Strukturen wie europäisches Semester, finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt mit Strukturreformen stärken). 3. Verankerung der demokratischen Rechenschaftspflicht und die Stärkung der Institutionen des Euroraums
- **Kapitalmarktunion:** Am 8. Juni 2017 wurde eine Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans veröffentlicht. Zwei Drittel der Maßnahmen wurden bereits umgesetzt.
- Am 28. Juni 2017 wurde im Plenum des Europäischen Parlaments (EP) ein **Reflexionspapier zur Zukunft der EU Finanzen** präsentiert. Im Papier werden Budgettrends und die zu finanzierenden Aufgaben der EU umrissen und verschiedene EU-Budgetszenarien präsentiert.
- **Rede zur Lage der der Union 2017 – den Wind in unseren Segeln nutzen:** In der Rede vom 13. September 2017 betont Präsident J.C. Juncker die Umsetzung fünf konkreter Initiativen der EK zu den Themen Handel, Überprüfung von Investitionen, Cybersicherheit zum Schutz der Europäer bei der voranschreitenden Digitalisierung, Stärkung der Industrie sowie Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie. Bis zu den nächsten EP-Wahlen im Juni 2019 sollte es nach Vorstellungen der EK mehr Klarheit über die zukünftige Ausrichtung der EU geben.
- **Ausblick:** Weitere Entwicklungen zur Vertiefung der WWU werden im Rahmen des Europäischen Rats am 14. und 15. Dezember 2017 besprochen.

IWF: Verlängerung der NAB mit November 2017 auch für Österreich

- Österreich trägt erneut zu den NAB (New Arrangements to Borrow) bei; in gleicher Höhe wie bisher (d.h. 1,8 Mrd. SZR bzw. 2,3 Mrd. Euro). Dies entspricht etwa 1% der gesamten

NAB-Mittel. Dem IWF stehen insgesamt 182,4 Mrd. SZR (rund 227,4 Mrd. Euro) über NAB zur Verfügung; dies entspricht rund 17,6% seiner finanziellen Ressourcen.

Anpassungsprozesse österreichischer Banken spiegeln sich in externen Risikoeinschätzungen wider

- Die bisherigen Strukturreformen der österreichischen Banken, die Stärkung ihrer Risikotragfähigkeit sowie die bereits gesetzten aufsichtlichen Maßnahmen in Österreich spiegeln sich in externen Einschätzungen zum österreichischen Bankensektor wider.
- Im August 2017 hob die Ratingagentur Moody's den Ausblick für Österreichs Banken von „stabil“ auf „positiv“ an. Treiber für die verbesserte Einschätzung waren der Rückgang an notleidenden Krediten, ein stabiles niedriges Wertberichtigungsniveau und die Steigerung der Kapitalquoten. Gestützt wird diese Entwicklung durch die Erholung des Wirtschaftswachstums in Österreich und CESEE. Trotz bestehender Herausforderungen durch das Niedrigzinsumfeld und einer schwachen operativen Effizienz des Bankensektors schätzt Moody's, v.a. aufgrund der reduzierten Bankensteuer und eines geringeren Wertberichtigungsbedarfs, die Profitabilität der österreichischen Banken für 2017 und 2018 als stabil ein.
- Standard and Poor's (S&P) hob im Oktober 2017 den Ausblick für den österreichischen Bankensektor ebenfalls von „stabil“ auf „positiv“ an. Die Gründe für diese Einschätzung sind die Verringerung des CESEE Exposures, die verbesserte Kapitalisierung, die hohen Wertberichtigungsniveaus sowie prudenzielle Kreditvergabestandards. Die österreichischen Banken haben außerdem ihr Exposure gegenüber risikoreicheren Ländern wie Russland und Ukraine verringert – dafür verantwortlich war auch die Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria AG an ihre italienische Mutter UniCredit S.p.A. im Jahr 2016 – und haben nun relativ hohe Exposures gegenüber risikoärmeren Ländern wie Tschechien und Slowakei. Die Kreditvergabe in Fremdwährung sowie die Expansion in risikoreichere Auslandsmärkte stufen S&P als Relikt der Vergangenheit ein und gehen davon aus, dass die konservativen Kreditvergabestandards beibehalten werden. Positiv werden die in Österreich gesetzten makroprudenziellen Initiativen (wie u.a. Systemrisikopuffer, Gesetz für makroprudenzielle Instrumente für Immobilienfinanzierung sowie Bemühungen nachhaltiger Kreditvergabestandards) hervorgehoben.
- Die Ratingagenturen sehen zwar eine positive Entwicklung für den österreichischen Bankensektor, fordern jedoch weitere Restrukturierungen bei den österreichischen Banken. Weiters führen sie an, dass insbesondere die Profitabilität im Österreich-Geschäft gesteigert werden sollte und die Margen sehr niedrig seien.

Verbesserung der Profitabilität des österreichischen Bankensystems und der CESEE-Tochterbanken aufgrund gesunkener Risikokosten

- Im ersten Halbjahr 2017 lag das Periodenergebnis der österreichischen Banken in Höhe von 3,4 Mrd EUR um 16% über dem Vorjahreswert (2016H1: 2,9 Mrd EUR). Dieser Anstieg wird auch weiterhin von den stark gesunkenen Kreditrisikovorsorgen getragen.⁴ Auch das aggregierte Periodenergebnis der Tochterbanken in CESEE konnte (bereinigt um die UniCredit Bank Austria Umstrukturierung) gesteigert werden. Die höchsten Gewinnbeiträge zur konsolidierten Profitabilität stammen aus Tschechien, Russland, Ungarn und der Slowakei.

⁴ Durch die Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria AG an ihre italienische Mutter UniCredit S.p.A. im Oktober 2016 kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit der Daten mit Vorjahreswerten. Bereinigt um diesen Effekt kam es Mitte 2017 zu einem Anstieg des Periodenergebnisses um 32 % im Vergleich zu Juni 2016.

- Die Profitabilität der österreichischen Banken ist zwar stark gestiegen, insbesondere auch in CESEE. Dies war aber fast ausschließlich auf die stark gesunkenen Risikokosten und weniger auf eine höhere Effizienz im Inlandsgeschäft zurückzuführen. Das positive Marktumfeld ist daher zu nutzen, um weitere strukturelle, kostenseitige Maßnahmen zur Erhöhung der Risikotragfähigkeit zu setzen.

Neue FMA-Mindeststandards seit Juni 2017 in Kraft; Fremdwährungskredite weiterhin stark rückläufig

- Die Mindeststandards der Finanzmarktaufsicht (FMA) für die Neuvergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten von 2003 wurden Anfang 2017 gemeinsam mit der OeNB überarbeitet. In den nun seit 1. Juni 2017 geltenden Mindeststandards wurden die Informationspflichten der Banken gegenüber den Kreditnehmern wesentlich erweitert, Vorgaben zur Verbesserung der Markttransparenz eingeführt und ein eigenes Kapitel zu den von Banken zu treffenden Risikovorsorgen aufgenommen.⁵
- Seit der Empfehlung der FMA vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne Einkommen in der jeweiligen Fremdwährung zu vergeben, hat sich das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen wechselkursbereinigt um 67% auf 21,3 Mrd EUR (Stand: September 2017) reduziert. Dennoch bleiben die Risiken für Haushalte aus Fremdwährungskrediten hoch. Rund drei Viertel aller Fremdwährungskredite an private Haushalte sind endfällig und an einen Tilgungsträger geknüpft.
- Eine im Frühjahr 2017 von der OeNB in Kooperation mit der FMA durchgeführte Umfrage über Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite ergab, dass die Deckungslücke⁶ per Ende 2016 rund 32% des ausstehenden Volumens der Tilgungsträgerkredite betrug. Angesichts der bestehenden Risiken empfiehlt die OeNB den Banken, gemeinsam mit den Kreditnehmenden ihre Risikotragfähigkeit zu evaluieren und gegebenenfalls Schritte zur Eindämmung der Risiken zu setzen.

Neue Instrumente für Immobilienkredite erhöhen Handlungsfähigkeit der makroprudenziellen Aufsicht

- In Österreich sind die Wohnimmobilienpreise in den vergangenen Jahren stark gestiegen, nachdem sie – im Gegensatz zu anderen Ländern in der EU – zuvor lange Zeit weitgehend unverändert geblieben waren. Insgesamt bleiben die systemischen Risiken aus der Immobilienfinanzierung in Österreich weiterhin begrenzt. Allerdings zeigen die Ergebnisse einer OeNB-Umfrage zur Neuvergabe von Hypothekarkrediten zunehmende Herausforderungen für die Finanzmarktstabilität, auch wenn der Großteil der Hypothekarkreditvergabe unter nachhaltigen Gesichtspunkten erfolgt.
- Um einen Wandel hin zu riskanteren Kreditvergabestandards hintanzuhalten und um Systemrisiken im Zusammenhang mit dem Wohnimmobilienmarkt zielgerichtet begegnen zu können, begrüßt die OeNB den Nationalratsbeschluss vom 29. Juni 2017. Damit wurde die Einführung makroprudenzieller Instrumente zur Begrenzung systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung beschlossen und das Bankwesengesetz (BWG) um den § 22b erweitert. Diese Instrumente ermöglichen Mindestanforderungen an Kreditvergabestandards

⁵ Die Erstfassung der FMA-Mindeststandards wurde bereits im Oktober 2003 veröffentlicht. In 2010 und 2013 folgten Ergänzungen bzw. Erweiterungen. Die seit 1. Juni 2017 geltenden FMA-Mindeststandards sind unter folgendem Link abrufbar: <https://www.fma.gv.at/download.php?d=2853>.

⁶ Unter Deckungslücke wird die Differenz zwischen ausstehendem Kreditbetrag in Euro und dem prognostizierten Wert des Tilgungsträgers am Laufzeitende verstanden.

und umfassen unter anderem Begrenzungen der Beleihungsquote, der Schuldendienstquote, der Schuldenquote und der Laufzeiten. Das FMSG kann der FMA auf Basis einer Analyse durch die OeNB den Einsatz dieser Instrumente empfehlen. Der Gesetzgeber folgte damit einem entsprechenden Hinweis, den das FMSG im Juni 2016 an den Bundesminister für Finanzen gerichtet hat⁷.

- Derzeit sieht die OeNB, ebenso wie das FMSG, keinen unmittelbaren Handlungsbedarf für den Einsatz makroprudenzieller Instrumente, unterstreicht aber seinen Aufruf an die Banken, weiterhin auf die Nachhaltigkeit bei der Neukreditvergabe zu achten. Die OeNB wird nach wie vor die Entwicklungen der Beleihungsquoten, Schuldenquoten und die Schuldendienstquoten bei Hypothekarkrediten genau beobachten und gegebenenfalls Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen.

Der Umbau des regulatorischen Rahmens für Banken als Antwort auf die Finanzkrise geht weiter

- Die Europäische Kommission (EK) präsentierte im November 2016 ein umfassendes Legislativpaket mit dem Ziel, die als Reaktion auf die Finanzkrise vorgeschlagenen regulatorischen Maßnahmen, weitgehend abzuschließen.⁸ Dieses Maßnahmenpaket befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene, wobei aus österreichischer Sicht aufgrund der Struktur des Bankensektors die Themen Proportionalität und die Kompetenzverteilung zwischen Home- und Host-Behörden prioritär zu sehen sind.
- Die Schaffung einer Europäischen Einlagensicherung – die sogenannte „dritte Säule“ der Bankenunion – wurde seitens der EK bereits 2015 mit einem Legislativvorschlag angestoßen und im Oktober 2017 mit etwas abgeänderten Vorschlägen nochmals bekräftigt. Die mit diesem Vorschlag einhergehende Lastenteilung wird jedoch mit einer vorhergehenden Risikoreduktion im europäischen Bankensektor junktiniert.
- Beide Maßnahmenpakete sind auch vor dem Hintergrund der kommenden Ratspräsidentschaft Österreichs in der zweiten Jahreshälfte 2018 zu sehen. Weitere wichtige Themen, die unter österreichischer Ratspräsidentschaft aus derzeitiger Sicht relevant sein werden, betreffen die Reform der institutionellen europäischen Aufsichtsarchitektur, die Schaffung eines sogenannten „Sovereign Backstops“ für den europäischen Bankenabwicklungsfonds sowie die Brexit-Verhandlungen, im Zuge derer nicht zuletzt der wechselseitige Marktzugang von Finanzinstituten eine wichtige Fragestellung sein dürfte.
- Die EK konsultiert derzeit als eine risikoreduzierende Maßnahme Regeln für die Wertberichtigung von notleidenden Krediten, die nur für Neugeschäfte gelten sollen und neuerliches Anhäufen von hohen NPL-Beständen verhindern sollen. Der SSM konsultiert parallel dazu ebenfalls analoge Regelungen für Wertberichtigungen von NPL-Neugeschäften. Gleichzeitig analysiert der SSM, wie Wertberichtigungsregelungen für den NPL-Bestand sich auswirken könnten. Im Wortlaut plant der SSM: „by end Q1 2018, ECB Banking Supervision will conclude its consideration of further policies to address the existing stock of non-performing exposures, including appropriate transitional arrangements.“. Die österreichische Aufsicht hat sich im Zuge der Diskussionen im SSM für entsprechende

⁷ Finanzmarktstabilitätsgremium, Juni 2016, Hinweis zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für zusätzliche Instrumente, <https://www.fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/2016/hinweis-2-2016.html>.

⁸ Davon unberührt sind die im Rahmen der Rekalibrierung und Finalisierung“ von Basel III erarbeiteten stehenden Vorschläge (Überarbeiteter Standardansatz für Kreditrisiko, Überarbeitung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA), Einführung einer Untergrenze für interne Modelle („Output Floor“), neuer Standardansatz für operationelle Risiken.). Die diesbezüglichen Verhandlungen auf globaler Ebene laufen bereits seit rund zwei Jahren, allerdings konnte bisher – insbesondere in Bezug auf den „Output-Floor“ – keine Einigung erreicht werden.

Wertberichtigungsregelungen ausgesprochen – sowohl was das Neugeschäft betrifft also auch betreffend den Bestand.

Verwahrung der OeNB-Goldreserven

- *Lagerung der österreichischen Goldbestände bis November 2015:*
224 t (80%) in London
50 t (17%) in Wien (in der Münze Österreich)
6 t (3%) in der Schweiz
- *Aktueller Stand (per 25. Oktober 2017):*
164 t (58%) in London
110 t (39%) in Wien (50 t in der Münze Österreich; 60 t in der OeNB)
6 t (3%) in der Schweiz
- *Gold: Rückholungsprozess:*
Stand per 25. Oktober 2017: 60 Tonnen bzw. 4.800 Barren
Im Laufe des Jahres 2017 werden weitere 10 Tonnen aus London in die OeNB zurücktransportiert. Somit werden Ende 2017 insgesamt 70 Tonnen in Form von 5.600 Goldbarren in den Tresoren der OeNB verwahrt werden. Nur London Good-Delivery-Barren werden akzeptiert, d.h. nur Barren von Herstellern, die bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllen, sind zugelassen. Die Feinheit des Goldes muss dabei mindestens 995/1000 betragen.

Falschgeldstatistik 1.-3. Quartal 2017

- Trotz steigendem Bargeldumlauf bleibt Österreich eines der fälschungssichersten Länder im Eurosystem. Zum **dritten Quartal 2017** wurden in **Österreich** insgesamt **7.970 Fälschungen (zum dritten Quartal 2016 9.560 Stk.)** aus dem Umlauf sichergestellt. Gegenüber der Vergleichsperiode aus dem Vorjahr zeigt sich ein **Rückgang um 16,6%**.
- Im Zeitraum Jänner bis September 2017 war in **Österreich** die am **häufigsten gefälschte Banknote** mit **63,6%** die **50-Euro-Banknote**, gefolgt von der **20-Euro-Banknoten** mit 20,4% und der **100-Euro-Banknote** mit 9,3%, die **zusammen rd. 93 % aller Fälschungen** ausmachen. Neben der geringeren Fälschungsanzahl zeichnet auch ein Rückgang bei Fälschungen hoher Banknotenwerte verantwortlich für einen deutlichen Schadensrückgang. Die Anzahl der gefälschten 100-Euro-Banknoten hat sich im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres von 1.622 auf 745 Stück mehr als halbiert. Von der 200-Euro-Banknoten wurden nur mehr 120 Stück aufgegriffen (3. Qu. 2016: 373 Stk.).
- **Mehr als die Hälfte** des österreichischen Falschgeldaufkommens stammt aus dem **Ballungsraum Wien** (43,8%) und **Niederösterreich** (15,3%), gefolgt von **Tirol** mit 7,7%.
- Insgesamt entstand zum 3. Quartal 2017 durch Fälschungen ein **Schaden** von **462.870 EUR**. Im gleichen Zeitraum 2016 waren es 627.220 EUR. Das bedeutet ein Minus von 164.350 EUR (-26,2%).

Bargeldobergrenzen

- OeNB-Teilnahme an der **Studie zur potenziellen Einführung einer EU-weiten Bargeldbeschränkung** im Auftrag der EK (Die Studie wird im Auftrag der Kommission durch die externe Beratungsfirma ECORYS durchgeführt).
- OeNB wurde von ECORYS aufgefordert, eine schriftliche Stellungnahme der OeNB zur Stakeholder-Konsultation abzugeben. (Zwischenbericht zur Expertenkonsultation an die Europäische Kommission 8.Nov.2017)

- In Abstimmung mit dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) wurde daher die schriftliche Fragebeantwortung ausgearbeitet und an die zuständige Stelle bei ECORYS übermittelt.
- Ein nächstes Info-Update der EK wird durch BMF frühestens mit Jahresende 2017 erwartet, ein etwaiger EK-Gesetzesvorschlag frühestens ab Juni 2018.

Hauptaussagen der OeNB:

- Bargeldobergrenzen sind kein effizientes Mittel um Terrorfinanzierung, Geldwäsche und Steuerhinterziehung zu verhindern.
- **OeNB ist gegen die Einführung oder Harmonisierung von Bargeldobergrenzen innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.**

Hauptargumente der OeNB:

- Der **Beschluss des Nationalrates** bezüglich Ablehnung von Bargeldobergrenzen und der Eingriff in **die Bürgerrechte**.
- Laut letzter Umfrage zum Zahlungsverhalten besteht die **Nachfrage nach Bargeld**.
- **keine wissenschaftlichen Beweise**, dass Bargeldbeschränkungen kriminelle Handlungen verhindern.

Entwicklungen im Zahlungsverkehr

- Mit der *Payment Services Directive 2 (PSD2)* möchte die EU Zahlungen im Internet einfacher und sicherer machen. Konsumenten sollen vor Betrug und Missbrauch besser geschützt und Konsumentenrechte gestärkt, sowie innovative Zahlungsmittel für mobile Geräte und für das Internet gefördert werden. Zudem soll die European Banking Authority (EBA) bei der Koordination der Aufsichtsbehörden und Ausarbeitung der technischen Standards eine stärkere Rolle bekommen. Der Gesetzesentwurf für das überarbeitete Zahlungsdienstegesetz (ZaDiG) wurde vom BMF am 20. Oktober 2017 zur Begutachtung versandt. Das Ende der Begutachtungsfrist war am 17. November 2017. Zu Jahresbeginn 2018 endet die Frist für die Umsetzung der PSD2 in nationales Recht.
- Zeitgleich mit der PSD2 werden mit der *Regulation on Multilateral Interchange Fees* die Gebühren für Transaktionen mit Debit- und Kreditkarten limitiert und Aufschläge vom Handel für die Nutzung von Debit- und Kreditkarten durch Konsumenten untersagt.
- Ab November 2018 wird das Eurosystem mit der Bereitstellung von *TARGET Instant Payments Services (TIPS)* Zahlungsdienstleistern die Abwicklung von Zahlungen innerhalb von Sekunden rund um die Uhr 365 Tage im Jahr ermöglichen. TIPS unterscheidet nicht zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungen und wird beide zum Preis von 0,20 Eurocent (€ 0,0020) je Transaktion abwickeln.
- Am 13. Jänner 2018 treten die im *Verbraucherzahlungskontogesetz* geregelten neuen Bestimmungen über *Entgeltansprüche unabhängiger Betreiber von Geldautomaten* in Kraft, die Banken verpflichten, Gebühren, die ihre Kunden im Falle einer Bankomatbehebung an einem Automaten eines Drittanbieters entstehen, zu übernehmen. Die WKO überlegt rechtliche Schritte gegen diese Bestimmung („Vertrag zu Lasten Dritter“) einzuleiten.